

«DER BUND SUCHT DEN GLEICHEN CYBER-SPEZIALISTEN WIE GOOGLE»

Interview mit Bundesrat Guy Parmelin, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)



Herr Bundesrat, in der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion herrschen drei Themen vor: Russland und der Westen, Terrorismus sowie Cyber-Defence. Welches Thema ist für Sie als VBS-Chef derzeit am Wichtigsten?

Guy Parmelin: Am liebsten würde ich sagen: Alle drei Themen. Die akuteste und gravierendste Bedrohung ist für mich aber zurzeit klar der internationale Terrorismus. Man sieht, dass die Zahl der Anschläge zugenommen hat, und dies nicht nur in Westeuropa. Man vergisst manchmal, dass es auch in Russland Terrorakte gibt. Es gab in Barcelona, in Finnland und anderswo verschiedene Arten von Terroranschlägen, mit Lastwagen, mit Autos oder zuletzt nur mit Messern. Solche Anschläge kosten unschuldigen Menschen das Leben und sind nur äusserst schwierig zu verhindern. Das ist eine enorme Herausforderung. Für Westeuropa und die Schweiz ist Prävention wichtig, um Terrorismus zu vermeiden. Der NDB spielt dabei eine sehr wichtige Rolle, er ist ein zentraler Akteur.

Die Schweiz wurde bisher von dschihadistischen Terroranschlägen verschont. War das einfach Glück?

Primär hat es damit zu tun, dass die Schweiz mit ihrer Armee nicht im Mittleren Osten kämpft und deshalb weniger exponiert ist als andere europäische Länder. Ein weiterer Grund ist, dass in der Schweiz der Umgang mit Immigration und Integration bislang besser gelungen ist als in anderen Ländern. Aber man darf nicht naiv sein. Die Schweiz

ist keine Insel der Glückseligen. Solche Inseln gibt es nicht, wie gerade auch der Anschlag in Finnland gezeigt hat. Die Schweiz ist zwar kein Mitglied der NATO und der EU, sie gehört aber zu Westeuropa. Der Islamische Staat oder die Kaida machen diesbezüglich keinen Unterschied. Mit anderen Worten: Die Schweiz ist nicht prioritär vom dschihadistischen Terrorismus betroffen, aber die Bedrohung bleibt hoch.

Einer der Terroristen von Barcelona hat Ende 2016 die Schweiz besucht...

Sicher ist: Wir haben auch in unserem Land verschiedene wirtschaftliche oder politische Interessen von Ländern, die im Mittleren Osten militärisch engagiert sind. Für mich lautet die Frage nicht: Weshalb ist die Schweiz bisher verschont geblieben? Für mich ist es völlig klar, dass solche Anschläge auch in der Schweiz stattfinden können.

«Für mich ist es völlig klar, dass solche Anschläge auch in der Schweiz stattfinden können.»

Wir dürfen nicht naiv und sorglos sein, auch wenn unsere Situation nicht die gleiche wie jene anderer europäischer Länder ist.

Der nachrichtendienstlichen Arbeit kommt bei der Prävention von Terrorakten eine zentrale Rolle zu.

Mit dem neuen Nachrichtengesetz haben wir klar mehr und bessere Möglichkeiten als zuvor. Davon erhoffe ich mir eine substanzielle Verstärkung im Kampf gegen den Terrorismus. Man möchte natürlich immer mehr Mittel haben. Wir haben während des Abstimmungskampfes immer betont, dass das neue Gesetz das Minimum darstellt, um eine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu halten. Nun wollen wir sehen, wie es mit dem neuen Gesetz läuft. Auch andere Instrumente werden verstärkt auf terroristische Szenarien ausgerichtet.

Inwiefern?

Die Armee mit dem Fokus auf subsidiäre Unterstützungseinsätze, aber auch der Bevölkerungsschutz, zum Beispiel für Vorfälle im ABC-Bereich. Insgesamt stehen wir heute sicher viel besser da in der Terrorismusbekämpfung als noch vor ein paar Jahren. Wir werden zudem dieses Jahr mit der *SVU 17* eine grössere Übung mit terroristischen Szenarien durchspielen und werden dies 2019 erneut tun.

Gibt es konkrete Dinge, die Sie sich über das neue Nachrichtendienstgesetz hinaus wünschen?

Nein. Wir müssen nun zuerst Erfahrungen sammeln. Die neue unabhängige Aufsichtsbehörde ist bereit zu funktionieren, das Bundesverwaltungsgericht ist eingerichtet, um Gesuche zu behandeln, die Prozesse für die Beratungen im Sicherheitsausschuss des Bundesrates sind ebenfalls eingespielt. Wir sind bereit.

Ein zweiter Bereich, der aktuell neben Terrorismus sehr stark in der Diskussion ist, ist Cyber.

Cyber-Angriffe sind in der Tat ein grosses Problem, das wir viel ernster nehmen als noch vor ein paar Jahren. Die wirtschaftlichen Schäden sind enorm, aber immerhin verlieren nicht unschuldige Menschen ihr Leben wie beim Terrorismus – zumindest bis jetzt nicht. Der Angriff auf die RUAG war ein Schock für die Schweiz. Das sind neue Herausforderungen. Die Angreifer haben immer bessere Mittel, aber auch wir lernen.

Was machen Sie konkret?

Wir haben verschiedene Massnahmen ergriffen. Zum Beispiel haben wir einen Aktionsplan Cyber-Defence im VBS. Es geht primär um den eigenen Schutz, aber auch darum, dass der Nachrichtendienst und die Armee ihre Beiträge erbringen können. Auch das neue Nachrichtendienstgesetz gibt uns bessere Möglichkeiten, etwa zur Identifizierung von Angriffen, aber auch – wenn nötig – für offensive Gegenmassnahmen. Wir haben ferner entschieden, dass wir unter Federführung des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD die nationale Cyberstrategie überarbeiten.

Welche Cyber-Gefahren erachten Sie am gefährlichsten: Cyberkriminalität, Cyberspionage oder Cybersabotage/Cyberkrieg?

Am gefährlichsten wäre sicher ein grosser Cyber-Sabotageakt, zum Beispiel ein grosser, raffinierter Angriff auf Verkehrssteuerungs- oder Energieanlagen mit verheerenden Folgen. Derartige Angriffe hat es bisher zum Glück nur ganz wenige gegeben. Von daher ist diese Bedrohung zwar potenziell sehr gefährlich, heute aber weniger wahrscheinlich.

Cyberkriminalität ist hingegen fast alltäglich geworden.

Cyberangriffe zu kriminellen Zwecken oder für Spionage zielen nicht auf Menschenleben ab, aber ihre Folgen können natürlich gravierend sein. Man muss sich deshalb dagegen wehren und die Schutzmassnahmen verbessern. Cyber-Krieg halte ich übrigens für einen wenig geeigneten Begriff.

Weshalb?

Ich glaube nicht, dass es eigentliche Cyber-Kriege gibt oder je geben wird, also Kriege, die nur im virtuellen Raum stattfinden. Cyber-Angriffe sind Bestandteil von Kriegen und Konflikten, genauso wie von Kriminalität und Spionage. Es geht dabei um ein zusätzliches Mittel für Angriffs- und Schadensmöglichkeiten, um Zwecke zu erfolgen, die es aber schon immer gegeben hat.

Was ist konkret zu tun?

Wir müssen unbedingt unsere Zusammenarbeit mit den Hochschulen intensivieren und im zivil-militärischen Bereich noch stärker mit den Kantonen und ihren Nachrichtendiensten kooperieren. Cyber-Gefahren sind ein gesamtheitliches Problem. Die westeuropäischen Länder und die Schweiz sind etwas später dran, wenn wir die Instrumente mit den USA, Russland oder China vergleichen. Ich diskutiere mit Verteidigungsministerkollegen in Schweden, Österreich oder Frankreich. Alle arbeiten an neuen Massnahmen. Aber das braucht Zeit und Mittel.

Sie haben die zivil-militärische Arbeit angesprochen. Das heisst, Staat und Wirtschaft müssen enger zusammenarbeiten, um der Cybergefahr zu begegnen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft weiter verstärken und insbesondere den Informationsaustausch verbessern. Möglicherweise wird die Idee einer Meldepflicht für Unternehmen bei Cyberangriffen wieder aufgenommen. Wir wollen zudem im Departement einen «Cyber-Campus» schaffen. Die Ausbildung unserer Leute soll in Zusammenarbeit mit Universitäten erfolgen. Die Idee ist nicht, dass der Bund sämtliche Aufgaben für die ganze Wirtschaft übernimmt. Jeder muss seinen Job machen. Aber der Bund kann koordinieren. In unserem Beirat zum Beispiel sind Wirtschaftsvertreter vertreten, etwa die

SBB. Wir haben viel voneinander zu lernen, und es ist wichtig, Synergien zu entwickeln.

Wo sehen Sie die grössten Herausforderungen?

Der Bedarf nach IT-Spezialisten ist gross und wird weiter zunehmen. Da sehe ich eines der Hauptprobleme: Gelingt es uns, genügend gut qualifizierte Personen zu finden? Innerhalb des VBS wollen wir bis 2020 um die 100 Stellen mehr für die Cyber-Defence haben. Der Bund sucht aber den gleichen Cyber-Spezialisten wie Google – was denken Sie, welcher Arbeitgeber für ihn attraktiver ist? Die ETH bildet derzeit nur 250 Informatikexperten pro Jahr aus.

Wie gedenken Sie, genügend Spezialisten für das VBS zu gewinnen?

Das VBS und die Armee können nicht alleine Cyber-Spezialisten oder Cyber-Truppen ausbilden. Deshalb müssen wir mit den Hochschulen zusammenarbeiten. Für eine Cyber-Grundschule ist es meiner Meinung nach noch zu früh. Wir können aber Leute, die bereits gute Cyber-Kenntnisse haben, mit gezielter Ausbildung weiter spezialisieren und so auch im Cyber-Bereich der Armee einsetzen.

Sie sagten, dass Sie sich mit anderen Verteidigungsministern über Cyber-Defence unterhalten. In Deutschland kann der Bedarf an Spezialisten nur schwer gedeckt werden, weil die Leute, die sich mit Cyber auskennen, von der Mentalität her nicht gut zur Armee passen. Wie sieht das in der Schweiz aus?

In Deutschland hat die Verteidigungsministerin zwar eine Cyberorganisation und ein Cyberkommando aufgebaut. Ich bin gespannt, ob sie genügend Leute findet. Die Franzosen haben das gleiche Problem. Sie hätten gerne eine Cyberarmee mit 3200 Leuten mit einem Spezialistenpool. In Schweden werden ähnliche Fragen diskutiert. Ein Organigramm ist zwar schön. Aber wie funktioniert es wirklich? Wer ist verantwortlich für die Balance zwischen Freiheit versus Sicherheit? Ist das Verteidigungsministerium zuständig? Oder das Innenministerium, weil es um die kritische Infrastruktur geht? Solche Fragen müssen wir alle noch beantworten. Und sie gehen über unsere Milizarmee hinaus.

**«Cyber-Krieg halte ich
übrigens für einen wenig
geeigneten Begriff.»**

Die dritte grosse aktuelle Bedrohung geht heute von Russland aus, also neben den neueren Gefahren wie Terrorismus oder Cyber eine klassische, traditionelle Sicherheitsgefahr. Ein Staat hat ein Stück seines Nachbarn einkassiert, die Krim. Ein Konflikt zwischen Russland und dem Westen ist entstanden. Was bedeutet das für die Schweiz und die Schweizer Armee?

Das ist eine Warnung dafür, dass traditionelle Kriege auch in Europa noch immer möglich sind. Die Schweiz ist als kleiner Staat darauf an-

«Machtpolitik hat genügend Unheil angerichtet in der Geschichte Europas.»

gewiesen, dass internationale Grenzen und Rechtsprinzipien eingehalten werden. Recht muss vor Macht gehen. Machtpolitik darf nicht wieder zurückkehren,

sie hat genügend Unheil angerichtet in der Geschichte Europas. Auch Falschmeldungen oder selektive Leaks dürfen nicht toleriert werden, denn Falschinformationen sind Gift für den politischen Diskurs. Die drastische Verschlechterung im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen erachte ich auch als eine der bedeutendsten Entwicklungen der letzten Jahre, im negativen Sinne. Das ist sehr bedauerlich.

Gleichzeitig färbt der Konflikt zwischen Russland und dem Westen auch auf den Balkan ab, wo die Schweizer Armee im Kosovo engagiert ist.

Der Balkan ist noch nicht zur Ruhe gekommen. Die Balkankrisen sind noch nicht stabilisiert. KFOR und EULEX sind weiterhin nötig. Auch die Lage in Mazedonien ist sehr angespannt, wie mir der österreichische Verteidigungsminister sagte. Es gibt «Foreign Fighters», die via Türkei und Kosovo in den Westen zurückkehren.

Wie reagiert die Schweiz auf Russlands aggressivere Politik in Europa?

Die Schweizer Armee muss die traditionellen Mittel erneuern. Wir diskutieren im Bundesrat derzeit über die Luftverteidigung. Aber es braucht auch moderne Kommunikationsmittel. Software muss regelmässig erneuert werden, das verursacht grosse Kosten. Die WEA, die Weiterentwicklung der Armee, gibt uns eine Grundlage zum Arbeiten.

Die Welt verändert sich, die Sicherheitslage der Schweiz verändert sich. Die WEA ist ein Langzeitprojekt. Inwiefern ist die WEA für die sich verändernde Bedrohungslage die richtige Antwort?

Die Grundidee der WEA ist es, die Armee flexibler und rascher einsetzbar zu machen. Dazu gehört die Einführung eines neuen Bereitschafts-systems, aber auch die Verbesserung der Ausrüstung und Ausbildung. Das ist eine Antwort auf die veränderte Bedrohungslage, die heute diffuser und weniger berechenbar ist als früher. Wir müssen die Armee heute im Bedarfsfall rasch und in verschiedenen Szenarien einsetzen können.

Wo steht die Umsetzung der WEA?

Meine Leute an der Front sind motiviert zu arbeiten, die Umsetzungsarbeiten sind auf Kurs. Am 1. Januar 2018 fängt die Umsetzung an. Wir haben vier bis fünf Jahre Zeit, um die WEA vollständig umzusetzen. Die Hauptsache ist, dass wir jederzeit die Leistungen der Armee abrufen können, falls dies nötig ist. Wenn das Parlament oder die Kantone Soldaten zum Beispiel für die Bewältigung einer Naturkatastrophe aufbieten, dann können wir nicht sagen, es fehlen Leute oder sie sind nicht ausgerüstet.

«Falschinformationen sind Gift für den politischen Diskurs.»

Was sind die grössten Herausforderungen der WEA-Umsetzung über die Übergangsphase 2018 hinaus?

Die Dezentralisierung ist sicher die grösste Herausforderung. Sie ist ein Vorteil, weil wir dann näher bei der Bevölkerung sein werden. Aber die Umsetzung ist eine riesige Herausforderung. Und auch die hohen Abgänge zum Zivildienst machen uns zu schaffen.

Wie kann die Milizarmee mit immer höher werdenden Technologisierungsgraden in der modernen Kriegsführung mithalten?

Ich bin überzeugt, dass wir über das Milizsystem viele Qualitäten in die Armee hineinbringen können. Das gilt auch für technisches oder technologisches Know-how. Cyber ist dafür ein gutes Beispiel: Wenn wir Experten dazu bringen, sich auch in der Armee zu engagieren, können wir von ihren zivilen Fähigkeiten profitieren. Natürlich gibt es aber auch Bereiche, wo das Milizprinzip an Grenzen stösst. So werden zum Beispiel die F/A-18 nur noch von Berufspiloten geflogen. Diese Systeme sind so komplex und anspruchsvoll, dass sich das nicht mehr in Milizform machen lässt.

Was sind weitere Herausforderungen der Schweizer Armee?

Wir wissen, dass auch verschiedene Grosssysteme des Heeres bald ans Ende ihrer Nutzungsdauer gelangen, nicht nur die Kampfflugzeuge. Wir müssen ihre Modernisierung oder ihren Ersatz gut vorbereiten. Es wird neue Technologien geben, das heisst man darf nicht zu früh investieren, solange die neue Technologie noch fehleranfällig ist. Aber auch nicht zu spät, um keine Lücken zu haben. Das gibt immer Stoff für politische Diskussionen im Parlament.

Die öffentliche Diskussion kreist vor allem um Kampfjets. Sie haben aber gesagt, dass auch andere Grosssysteme wie die Artillerie modernisiert und ersetzt werden müssen. Wie kann dem Bürger klargemacht werden, für welches konkrete Bedrohungsszenario die Schweiz heute eine grosse Artillerie braucht? Die Notwendigkeit einer Luftwaffe wäre doch eigentlich viel einfacher zu erklären, oder?

Wir haben einen Bericht über die Zukunft der Artillerie erstellt. Wir können nicht alles ändern und erneuern. Das haben auch die Militärs verstanden. Das merke ich, wenn ich mit Spezialisten diskutiere. Sie sagen mir, hier muss man nur Werterhaltung machen, vielleicht nicht alles erneuern. Mal sehen, welche neue Technologie kommen wird. Die Armee ist aber ein Globalsystem.

Was bedeutet das?

Man kann nicht Milliarden in die Luftwaffe investieren und keinen Rappen in das Heer. Neue Kampfflugzeuge haben aktuell die Priorität. Aber wenn ich 100 Kampfjets will, dann werden Bundesrat und Parla-

«Man kann nicht Milliarden in die Luftwaffe investieren und keinen Rappen in das Heer.»

ment Nein sagen. Man muss kohärent sein und Schritt für Schritt nach vorne gehen und die gesamte Armee im Auge behalten. Wir haben für die

Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums gute Erfahrungen mit einer Expertengruppe gesammelt, die zunächst eine Gesamtsicht erstellt hat. So können wir die richtigen Entscheide fällen. Darum stellt sich die Frage, ob wir auch in anderen Bereichen ein solches Vorgehen wählen sollten.

Wie können komplexe, jahrelange Rüstungsbeschaffungsprojekte abgewickelt werden, so dass sie trotz sich immer schneller verändernder Bedrohungslage den aktuellen und künftigen Bedrohungen nach wie vor angepasst sind? Wie kann das dem Bürger glaubwürdig erklärt und vermittelt werden?

Wir müssen Wege finden, wie wir die Beschaffungsprozesse etwas verkürzen können, ohne gleichzeitig alle Sorgfalt und Seriosität über Bord zu werfen. Es braucht vielleicht etwas mehr Risiko und Fehlertoleranz. Sonst haben wir am Schluss vielleicht ein bis auf das letzte Komma sauber abgewickelter Projekt, das uns aber ein Produkt verschafft hat, das von der Realität bereits ein- oder sogar überholt wurde.

Die Neutralität spielt bei der Diskussion einer modernen Luftverteidigung der Schweiz eine zentrale Rolle, zumindest in der öffentlichen Diskussion. Wie autonom soll der künftige Schutzschirm über der Schweiz sein? Oder wie viel Kooperation mit den Nachbarstaaten ist möglich?

In der normalen Lage ist Kooperation möglich und auch geübte Praxis, zum Beispiel beim Austausch von Luftlagedaten. Aber im Spannungsfall oder bei einem bewaffneten Konflikt müssen wir unseren Luftraum autonom schützen können. Auch als neutrales Land müssen wir uns wehren können. Wir müssen unsere eigenen Aufgaben selber erledigen.

Die Schweiz kooperiert bereits jetzt mit anderen Ländern im Bereich Luftraumüberwachung und Intervention.

Das Abkommen mit Frankreich funktioniert bereits sehr gut. In Deutschland haben die Länder gewisse Kompetenzen, deshalb ist kein Abkommen möglich, das gleich weit ginge wie jenes mit Frankreich. Mit Österreich haben wir soeben ein neues Abkommen abgeschlossen, das die Zusammenarbeit erweitert. Und wir wollen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden auch im Bereich von Luftlagebilddaten mit der NATO kooperieren und Luftpolizeidaten austauschen. Das ist für die Reaktionsfähigkeit und den grenzüberschreitenden Luftpolizeidienst zentral.

Lösungen müssen aber immer neutralitätskonform sein.

Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, dass wir unseren Luftraum nicht mehr verteidigen werden. Das wäre für die Neutralität katastrophal. Wir würden dafür einen hohen Preis zahlen. NATO-Mitglieder und andere

Länder sehen das sicher auch so. Das Abkommen über den Austausch von Luftlagedaten sieht im Übrigen vor, dass wir die Kooperation jederzeit unterbrechen können, wenn dies aus Gründen der Neutralität nötig ist.

Die Bedrohung durch ballistische Raketen wird immer grösser, siehe Nordkorea. Die NATO intensiviert ihre Arbeit am Raketenschirm. Was bedeutet das für die Schweiz? Muss sie auch in der Lage sein, sich gegen ballistische Raketen zu schützen und wie?

Die Abwehr von ballistischen Raketen ist alleine nicht machbar. Das kann niemand, ausser vielleicht die USA. Diese Abwehrsysteme sind viel zu aufwändig und zu teuer. Selbst in der NATO ist das umstritten.

Die Schweiz müsste sich wohl einer Allianz anschliessen, wenn sie bei einer Raketenabwehr mitmachen wollte.

Das kann und will die Schweiz nicht. Wir haben unsere Prioritäten identifiziert. Das ist zunächst die Verteidigung des Luftraums. Wir

«Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, dass wir unseren Luftraum nicht mehr verteidigen werden.»

müssen politisch entscheiden, welche Armeeleistungen wir finanzieren wollen und welche Risiken wir in Kauf zu nehmen bereit sind. Bisher haben wir gesagt, dass ballistische Raketen zwar ein Risiko darstellen, aber wir es in Kauf nehmen. Denn das Risiko, dass

ein Flugzeug eine kritische Infrastruktur in der Schweiz angreift, ist viel grösser.

Der Fokus ist deshalb auf einer modernen Luftwaffe und einem bodengestützten Luftabwehrsystem.

Der Expertenbericht sagt klar, was wir unbedingt brauchen. Wenn wir ein Verteidigungsbudget von 100 Milliarden hätten, könnten wir mehr machen. Aber angesichts der politischen und finanziellen Ausgangslage hat die Raketenabwehr bei uns derzeit keine Priorität. Insgesamt steht die Schweizer Armee im Vergleich mit ähnlich grossen Staaten wie Österreich oder Belgien gut da. Wir sind ein reiches Land. Mit 5 Milliarden Franken pro Jahr wäre mein österreichischer Kollege äusserst glücklich. Ich hätte natürlich gerne ein bisschen mehr... (*schmunzelt*).

Einen vollständigen Schutz gegen alle Arten von Bedrohungen gibt es also nicht.

Nein, aber das ist nichts Neues: Die Schweiz hatte auch früher, zur Zeit des Kalten Krieges, keinen vollen, autonomen Schutz gegen alle Formen von Bedrohungen aus der Luft. Das ist einfach nicht möglich. Es braucht immer Priorisierungen und Abwägungen bezüglich der Wahrscheinlichkeit von Bedrohungen.

*Das Gespräch führten Christian Nünlist und Oliver Thranert
am 29. August 2017 im Bundeshaus in Bern.*